

Rückenwind von der Regierungsbank

Umweltministerin Carole Dieschbourg zieht umstrittenen Standort für Windkraftanlage bei Bürden nicht in Zweifel

Von John Lamberty

Bürden. Sollten die Pläne der Nordenergie S.A. – der Stromversorgergesellschaft der Gemeinden Ettelbrück und Diekirch – und des Energieprojekte-Entwicklers Soler Wirklichkeit werden, könnte sich in gut zwei Jahren unweit von Bürden ein 230 Meter hohes Windrad in die Luft recken. Eins von zweien, die im Zuge des Windparks Nordenergie den jährlichen Verbrauch von knapp 13 000 Menschen decken sollen.

Bürger äußern Sorgen um Gesundheit und Lebensqualität

Was erfreulich nach Energie-wende klingt, ist aber vor allem in Bürden heftig umstritten, soll die Anlage doch nur rund 750 Meter von der Ortsgrenze des Dorfes entfernt entstehen (das LW berichtete). Die größte Sorge vieler Bewohner: Von der Anlage könnte eventuell Infraschall ausgehen, also Schallwellen, die unterhalb der menschlichen Hörschwelle liegen, aber dennoch vom Körper wahrgenommen werden können.

Bedenken, die mittlerweile auch die Abgeordneten André Bauler und Gusti Graas (beide DP) auf den Plan gerufen haben, die sich jüngst denn auch mit einer parlamentarischen Anfrage an Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) gewandt hatten.

Deren Antwort lässt bisher aber keine Zweifel an den Plänen und Prüfungsverfahren für den Bau der Anlage vermuten. Gebe es in Luxemburg auch keine spezifische Reglementierung zu Tieffrequenzgeräuschen und Infraschall, so würden im Zuge der Commodo-Prozeduren für Windkraftanlagen



Die Windradpläne bei Bürden sorgen vor Ort seit Monaten für hitzige Debatten. Mehrere Bürger hatten denn auch in nur drei Tagen 271 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt.

Foto: Anouk Antony

dennoch die Geräuschemissionen derselben analysiert.

Auf Basis der damaligen Fachliteratur sei die Umweltverwaltung dabei schon 2012 zu dem Schluss gekommen, dass bei der Einhaltung eines maximal zulässigen Geräuschimpakts von 42 dB(A) keine weiteren Studien zu Infraschall oder Tieffrequenzemissionen notwendig seien.

Doch auch die aktuelle Literatur bestätige die Behörde in dieser Sichtweise, so Dieschbourg, die besonders auf zwei Studien der baden-württembergischen Landes-

anstalt für Umwelt und der französischen Agence nationale de sécurité sanitaire de l'alimentation, de l'environnement et du travail (Anses) verweist, auf die sich bei jüngsten Lärmstudien im Zuge von Windradplänen scheinbar meist berufen wird.

Was möglichen Schattenwurf angeht, so betont die Umweltministerin, dass der Impact hier nach der gleichen Methode wie in den Nachbarländern bewertet werde. Selbst nach dem dabei erstellten Worst-Case-Szenario könnten aber in Bürden rein

rechnerisch nur von November bis Januar Beeinträchtigungen durch Schattenwurf auftreten.

Die Grenzwerte von maximal 30 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag würden laut Commodo-Antrag jedoch selbst dann nicht überschritten, weshalb auch keine Abschaltautomatik vorgesehen sei. Der reelle Impact liege gar beim Worst-Case-Szenario in den genannten Monaten bei nicht mehr als drei Stunden pro Jahr.

Die Frage, ob man den umstrittenen Standort bei Bürden nicht nochmals überdenken sollte, be-

antwortet Carole Dieschbourg in der Folge denn auch nicht, betont dafür jedoch, dass die Kriterien zur Bewertung des Impakts von Windrädern klar seien und den Studien zufolge bei Bürden alle Grenzwerte eingehalten werden. Einen Grund, die aktuelle Gesetzeslage zum Mindestabstand von Windrädern zu Wohngebieten zu ändern, sieht Dieschbourg ebenfalls nicht, zumal standardisierte Distanzen den Charakteristiken eines Standorts nicht Rechnung trügen.

Bürgermeister Claude Gleis: „Alternative wäre dennoch besser“

Und auch die Frage nach einem vertiefteren Dialog mit den Bürgern in Bürden und Umgebung lässt die Ministerin verhallen. Wegen eines Formfehlers habe das Antragsdossier schon zweimal eine Enquête publique durchlaufen, sodass jeder nochmals die Möglichkeit gehabt habe, sich die Details des Dossiers durchzulesen und im Rahmen der Commodo-Prozedur Einwände zu erheben.

Seitens jener Bürdener Bürger, die im Sommer Unterschriften gegen den Projektstandort gesammelt hatte, wollte sich Yves Walers zunächst nicht weiter äußern. Eine erste Reaktion gab es gestern auf Nachfrage aber von Bürgermeister Claude Gleis in Erpeldingen/Sauer. Selbst wenn das Dossier konform sei, so bleibe er doch der Meinung, dass es in der Nordstad geeigneter Standorte für eine Windkraftanlage gebe. Er hoffe denn auch, dass die Nordenergie S.A. solche in Erwägung ziehe. Als Alternativstandort hatte die Gemeinde selbst jüngst eine Anhöhe zwischen dem Fridhaff und dem Sauertal ins Spiel gebracht.